

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1918

461 (5.10.1918) Mittagblatt

Badischer Beobachter

Mittagsblatt

Bezugspreis vierteljährlich: ...
Kreuzpreis Nr. 535

Anzeigenpreis: ...
Postfach: Karlsruhe 4844

Notationsdruck und Verlag der Badischen A. G. für Verlag und Druckerie
Karlsruhe, Adlerstraße 42, Albrecht Hofmann, Direktor

Geschieht an allen Werksagen in zwei Ausgaben
Beilagen: ...

Verantwortlich für deutsche und badische Politik, sowie für Feuilleton: Th. Meyer; für den übrigen redaktionellen Teil: Franz Wühl für Anzeigen und Reklamen: A. Hofmann, sämtlich in Karlsruhe.

Ein Teil Neuorientierung?

Das amtliche Wolffsche Telegrammbüro verbreitet unterm 29. Juni folgende Meldung:

Eine bemerkenswerte Besserung hat im Kriege die Lage des deutschen Grundbesitzes erfahren. Die amtliche Statistik der Hypothekeneintragen in Preußen zeigt, daß die Zahl der jährlichen Hypothekeneintragen von 570 Millionen Mark in 1913 auf 601 Millionen in 1915 gesunken ist. Gleichzeitig fiel die Zahl der jährlichen Eintragungen von 2269 auf 939 Millionen. Während 1913 die Eintragungen von 1492 Millionen größer als die Eintragungen von 1914 noch um 838 Millionen größer waren, übertrafen 1915 die Eintragungen um 39 Millionen. Statt einer wachsenden Verschuldung infolge des Krieges ist somit bereits eine Entschuldung eingetreten. Am größten ist sie in den Städten, wo die Eintragungen 1915 um 91 Millionen größer als die Eintragungen waren, während 1913 noch die Eintragungen um 705 Millionen größer waren. Alle Gerichte und Nachschüsse von wachsender Belastung des deutschen Grundbesitzes infolge des Krieges sind vollkommen unzutreffend.

Ebenfalls entfällt ein großer Anteil Entschuldung auf landwirtschaftlich benutzte Grundstücke. Die Zahlen geben das Maß für das, was man allenthalben rühmt, daß noch niemals so viele Hypotheken aufgelöst wurden wie im Kriege. Und das ist recht so. Denn je mehr eine Entschuldung des Grund und Bodens eintritt, desto eher sind die Wege für eine gesunde Bodenpolitik gebahnt, von der sicherlich die Zukunft des deutschen Volkes weitgehend mitbeeinflusst wird. Nur eines. Der Schuldenstand der badischen Landwirtschaft wurde vor dem Kriege auf rund 600 Millionen geschätzt. Die Hypothekenschulden sind hierbei sehr häufig bei dem erfreulich hohen Zinsfuß unserer Landwirtschaft eine Folge der Ernteausfälle, und aus denselben Gründen mußten Hypothekenschulden weiter von Geschlecht zu Geschlecht vererbt werden. Mit anderem hat als Gegenwirkung Finanzminister Wundtberger unfindbare Tilgungshypotheken empfohlen und unsere Sparkassen gewähren auch solche. Bis zum Jahre 1909 waren 43 Millionen in Form von Tilgungshypotheken gewährt.

Sollte nicht zur Befriedigung unserer Agrarpolitik und um für alle Zeiten eine Wiederherstellung des Grund und Bodens hintanzustellen der Augenblick gekommen sein, den Tilgungszwang gesetzlich festzusetzen? Wenn man sich ehemals, trotz der besonderen Stellung des Grund und Bodens zu jeder anderen Ware (unvermehrbar und nicht transportabel), gegen die Einführung des Tilgungszwanges sträubte, so sicherlich nur deshalb, weil man einerseits dem verschuldeten Landwirt eine neue Zinslast in Form der Tilgungszinsen nicht aufladen wollte, andererseits weil man die Begleiterdeimmungen einer Preisrückbildung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse (auch nicht eine vorübergehende) nicht wünschte und endlich, weil den privaten Geldgebern die unfindbare Tilgungshypothek eine nicht genehme Form des Geldverkehrs ist.

Heute liegt alles anders. Die Landwirtschaft ist entlehnt, eine plötzlich erhöhte Zinslast wird nicht verlangt, eine Preisrückbildung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse als Folge tritt nicht ein und schließlich hat die Landwirtschaft eigenes Geld oder wird es noch erhalten, um ihr eigenes Kassenwesen zu ausbilden, das sie selbst die unfindbare Tilgungshypothek aufräumen kann.

Sollte der Standpunkt wirklich vollkommen richtig sein, der in dem Werke „Das Großherzogtum Baden in allgemeiner, wirtschaftlicher und staatsrechtlicher Hinsicht“ dargestellt, herausgegeben vom Geh. Rat Weimann, Karlsruhe 1912, Seite 508 mit den Worten darlegt ist: „Mit Recht hat sich die badische Regierung von all den künstlichen Verbindlichkeiten der Verschuldungsfreiheit vornehmlichen Maßnahmen (die Schließung der Hypothekensicherung, Einführung einer Verschuldungsgrenze, Tilgungszwang) ferngehalten.“

Es ist leichter, einer Verschuldung, wie sie wieder kommen könnte, in geringerer Zeit vorzubeugen, als eine Verschuldung rückgängig zu machen. Der Kampf um den Boden des Erbbaues ist einer der Gründe des Weltkrieges. Der Kampf um die Bodenbesitz ist ein wesentlicher Anlaß der größten Revolution der Welt, der Aufstände. Eine Verbesserung unserer Bodenpolitik des landwirtschaftlichen Grundbesitzes wäre nicht der unwichtigste Teil der Neuorientierung, wie sie kommen sollte. Unsere Marineverwaltung hat vor dem Kriege in Skandinavien und in Westeuropa, jetzt während des Krieges unter großer Hindernis in Skandinavien.

Deutscher Abendbericht.

Berlin, 4. Oktober, abends. (W.L.B.) Amtlich. Heftige Angriffe des Feindes beiderseits von Koefeläre, nördlich von St. Quentin, am Gewäss des Dames und in der Champagne wurden abgewiesen. Zwischen den Argonnen und der Maas sind erneute Durchbruchversuche der Amerikaner gescheitert.

Der Krieg zur See.

Zum Untergang des schwedischen Kanonenbootes „Gunhild“.

Berlin, 4. Oktober. Die Meldungen schwedischer Blätter, daß das gesunkene schwedische Kanonenboot „Gunhild“ auf eine deutsche Mine gelaufen sei, ist unzutreffend. Ebenso unzutreffend ist die von Britanien in Sozialdemokraten gebrauchte Meldung, daß das genannte Kanonenboot kurz vor dem Un-

glück sechs deutsche Torpedoboote beim Minenlegen an einer kurz vorher gesäuberten Stelle überbracht habe.

Verstärkung der verbündeten Streitkräfte im Schwarzen Meer.

Berlin, 4. Oktober. Das russische Groß-Gunhild auf eine deutsche Mine gelaufen sei, wurde des Krieges fertiggestellte Einheiten, die bisher unter deutscher Kontrolle gestanden haben, sind von uns befreit worden. Die verbündeten Streitkräfte im Schwarzen Meer erhalten dadurch zum Schutze der Meerenge eine recht erhebliche Verstärkung. Der Schritt ist im Einverständnis mit der Regierung in Moskau erfolgt.

Snaag, 3. Oktober. (W.L.B.) Meldung des Snaager Korrespondenzbüros: Wie verlautet, hat der Abgeordnete von Borrt van Bij einen schriftlichen Antrag an den Marineminister gerichtet wegen der ersten Unregelmäßigkeiten, die an Bord des Sozialistenschiffes „Königin Regentes“ borgekommen sein sollen.

Amsterdam, 4. Oktober. (W.L.B.) Das holländische Fischereifahrzeug „Gelder 12“ ist auf eine Mine gelaufen und mit der Befahrung gekunten.

London, 3. Oktober. (W.L.B.) Neuer meldet: am 30. September sank ein englisches Kanonenboot infolge eines Zusammenstoßes mit einem Handelschiff. Ein Offizier und 52 Mann werden vermisst.

Zur Lage auf dem Balkan.

König Ferdinand von Bulgarien abgedankt.

Sofia, 4. Oktober. (W.L.B. Nichtamtlich.) König Ferdinand hat zu Gunsten des Kronprinzen Boris abgedankt. König Boris trat die Regierung an.

Der Waffenstillstand und die Unterwerfung Bulgariens.

Berlin, 4. Okt. (W.L.B.) Der Transsylvanischen Gesellschaft geht aus Sofia unter dem Datum des 2. Oktober die folgende Meldung zu: Bulgariens Waffenstillstand mit der Entente ist heute unterzeichnet worden. Die offizielle Veröffentlichung dieses Schrittes und der Bedingungen erfolgt am 4. Oktober in der Sobranje. Ueber die Friedensbedingungen verlautet folgendes: 1. Demobilisierung des bulgarischen Heeres bis auf eine, nach anderen Meldungen zwei Divisionen. Die weitaus des Meridians von Sofia befindlichen bulgarischen Truppen werden in Kriegsgefangenschaft übergeführt. 2. Räumung aller 1915 besetzten fremden Gebiete, doch erhält Bulgarien vorausichtlich die Dobruja bis Dobaniza. Die mazedonische Frage bleibt offen bis zum allgemeinen Friedenskongress. 3. Abzug aller Deutschen und Oesterreicher binnen vier Wochen. 4. Die Unverletzlichkeit Albaniens wird garantiert, ebenso seine Souveränität.

Wien, 3. Okt. (W.L.B.) Die aus London nach Holland gelangten Gerichte, daß die Türkei eine Bitte um Waffenstillstand an die Entente gerichtet habe, werden den Blättern von makedonischer Seite als absolut nicht den Tatsachen entsprechend bezeichnet. Was die militärische Lage auf dem Balkan betrifft, so haben, wie die Blätter auf Grund von Informationen von makedonischer Seite melden, die Zentralmächte alle Vorkehrungen getroffen, um die Verbindung mit der Türkei auf dem Wasserwege, hauptsächlich über die Donau und das Schwarze Meer auszugestalten, um im äußersten Falle von der Durchfuhr durch bulgarisches Gebiet unabhängig zu sein. Allen Anschein streben serbische Abteilungen, bei denen sich auch Teile anderer Ententeverbände befinden, mit aller Macht gegen Norden vor, um nach Alt-Serbien zu gelangen. Wie von informierter Seite mitgeteilt wird, werden sie hier ebenso Widerstand von den verbündeten Truppen finden, wie bei etwaigen Anrissen an der österröisch-ungarischen Front in Albanien. Hier dürften übrigens die Italiener einen Teil ihrer Streitkräfte abgezogen haben, um die mazedonischen Bewegungen zu unterstützen. Die Lage ist wohl ernst, doch ist es uns gelungen, auch noch schwierigeren Situationen Herr zu werden.

Keine Absichten mit polnischen Truppen.

Warschau, 4. Okt. (W.L.B.) Sodzina Polski stellt gegenüber den sensationellen Gerüchten auf Grund von Informationen aus makedonischer Quelle fest, daß eine Absicht, die polnischen Truppen auf irgendeiner Front zu verwenden, weder bestand noch besteht. Die Abteilungen in Ostrow seien als Kadres für die künftige polnische Armee bestimmt und könnten schon mit Rücksicht auf ihre Zahl nicht verwendet werden.

Aus Rumänien.

Bukarest, 4. Oktober. (W.L.B.) Die rumänische Kammer hat mit 86 gegen 1 Stimme beschlossen, daß der ehemalige Landwirtschaftsminister im Kabinett Cratiaru Alexander Constantinescu in Untersuchungshaft genommen werden solle. Aus Passy wird gemeldet, daß Constantinescu sich auf seinem Landgut befindet, und daß Auftrag gegeben worden sei, ihn sofort zu beschaffen.

Politische Nachrichten.

Handschreiben des Kaisers an den Grafen Hertling.

Berlin, 4. Oktober. (W.L.B.) Dem Reichsanzeiger zufolge richtete der Kaiser an den bisherigen Reichszugler Grafen Hertling das nachstehende Handschreiben:

Mein lieber Graf von Hertling! Nachdem ich Ihnen unter heutigen Tage die nachgesuchte Entlassung aus Ihren Ämtern erteilt habe, drängt es mich, Ihnen nochmals meinen wärmsten Dank zu sagen für die aufopferungsvolle Treue, mit der Sie in erster Zeit meinem Rufe gefolgt sind und in der Stellung als verantwortlicher Leiter der Regierung mit und dem Vaterlande hervorragende und erfolgreiche Dienste geleistet haben. Als äußeres Zeichen meiner besonderen Anerkennung habe ich Ihnen den hohen Orden vom Schwarzen Adler verliehen.

Ihr Ihnen allezeit dankbarer und wohlwollender Wilhelm I. R.

Der Wechsel im Reichskanzleramt.

Berlin, 4. Oktober. (W.L.B.) Eine Sonderausgabe des Reichsanzeigers macht bekannt: Der Kaiser und Königin haben allergnädigst geruht, dem Reichskanzler und Präsidenten des Staatsministeriums Dr. Grafen von Hertling die nachgesuchte Entlassung aus seinen Ämtern unter Verleihung des Ordens vom Schwarzen Adler zu erteilen und Seine Großherzogliche Hoheit dem Prinzen Maximilian von Baden zum Reichskanzler, Staatsminister und Minister der auswärtigen Angelegenheiten zu ernennen.

Die Bildung der neuen Regierung.

Berlin, 4. Okt. (W.L.B.) Die Reichstagsabgeordneten Gröber, Scheidemann und Erzberger sind zu Staatssekretären ohne Portefeuille ernannt worden. Auch die angeführte Ernennung des Reichstagsabgeordneten Bauer zum Staatssekretär des neu zu errichtenden Reichsarbeitsamtes ist heute erfolgt. Zum Staatssekretär des Auswärtigen Amtes ist der Staatssekretär des Kolonialamtes Dr. Solff berufen worden. Er wird sich aber, wie wir hören, auch in dieser neuen Stellung während der Dauer des Krieges von seinem bisherigen Ressort nicht trennen, dessen Geschäfte von dem Unterstaatssekretär Dr. Gleim geführt werden sollen.

Die heutige Reichstagsitzung.

Ein neuer Friedensschritt?

Berlin, 5. Okt. (W.L.B.) Die heutige Sitzung des Reichstags dürfte, wie die Post schreibt, eine der wichtigsten und folgenreichsten werden. Sie bildet in gewissem Sinne das Gegenstück zu der berühmten Sitzung vom 4. August. Das Wort des damaligen Reichskanzlers: „Wir kämpfen um die Früchte unserer friedlichen Arbeit, um das Erbe einer großen Vergangenheit und um unsere Zukunft“ ist zu einer Wahrheit geworden, an die damals wohl niemand gedacht hat. Die heiligsten Güter der Deutschen bedroht der Feind nicht mehr aus weiter Entfernung. Die Wendung, die der Krieg in den letzten Wochen genommen hat, hat den Kriegswillen des Feindes zum Vernichtungswahnsinn gesteigert. Durch eine beispiellose und unerhörliche Kriegsentzündung sollen wir auf Jahrzehnte hinaus um die Früchte unserer friedlichen Arbeit gebracht werden. Die Kolonien und Umlandströme sollen uns entrissen werden. Von dem Inhalt der heutigen Kanzlerrede, so schreibt die Postische Zeitung, wird Unendliches für Deutschlands Schicksal abhängen. Die Rede wird eine der ernstesten Kundgebungen sein, die von deutschen Staatsmännern bisher überhaupt veranstaltet worden sind. Ohne daß bisher Genaueres darüber bekannt wurde, darf angenommen werden, daß es sich um einen Friedensschritt handelt, dem sich wahrscheinlich die übrigen Staaten der Mittelmächte anschließen werden.

Der neue Reichskanzler.

Berlin, 5. Oktober. (W.L.B.) Wie die Nordd. Allg. Ztg. halbamtlich bekannt gibt, machte der Reichskanzler Prinz Max von Baden gestern dem österreich-ungarischen, dem türkischen und dem spanischen Botschafter Besuche.

Der Völkerverbund im Programm der Mehrheitsparteien.

Berlin, 5. Oktober. (W.L.B.) Dem Berliner Tageblatt zufolge lautet in dem Programm der Mehrheitsparteien, das die Grundlage für die Politik der Regierung bildet, die Bereitschaftserklärung zum Beitritt zu einem Völkerverbund folgendermaßen: Der Völkerverbund umfaßt alle Staaten und beruht auf dem Gedanken der Gleichberechtigung aller Völker. Sein Zweck ist die Sicherung eines dauernden Friedens, eines unabhängigen Daseins und der freien wirtschaftlichen Entfaltung der Völker. Der Völkerverbund schließt mit seinen gesamten Machtmitteln die ihm beigetretenen Staaten unter Anerkennung ihres Besitz-

standes in den ihm vom Bunde gewährleisteten Rechten und schließt alle seinen Zwecken widersprechenden Sonderverträge aus. Die Grundlagen des Völkerverbundes sind die umfassende Ausgestaltung des Völkerrechts, gegenseitige Verpflichtungen der Staaten, jeden Streitfall, der nicht durch diplomatische Mittel lösbar ist, in friedliche Behandlung zu übergeben, Durchführung des Grundgesetzes der Freiheit der Meere, Verständigung über allseitige und gleichzeitige Abrüstung zu Lande und zu Wasser, Verbirgung der offenen Tür für den wirtschaftlichen und privaten Verkehr, internationaler Ausbau der sozialen Gesetzgebung und des Arbeiterschutzes.

Die Verfassungsänderung im preussischen Herrenhaus.

Berlin, 4. Oktober. (W.L.B.) Der Wahlergebnisausschuss des Herrenhauses beriet in seiner heutigen Sitzung das Gesetz betreffend die Verfassungsänderung. Dabei wurde im Wesentlichen den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses mit der Maßgabe zugestimmt, daß zu einer Verfassungsänderung statt der 2/3 Majorität nur eine 2/3 Majorität erforderlich sein soll. Die Beratung über die Aushebung des Wahlrechtes des Herrenhauses und die Lösung etwaiger Konflikte zwischen den beiden Häusern durch die Einführung der Durchzählung wurde nicht zu Ende geführt. In der morgigen Sitzung wird die erste Lesung aller Vorlagen beendet werden.

Vern, 3. Oktober. (W.L.B.) Eine große Versammlung des schweizerischen freien Einfuhr- und Detailhandels in Vern, einberufen von allen schweizerischen Berufsorganisationen der Lebensmittelbranche, verlannt vom Bundesrat möglichst freie Bewegung von Staatsmonopolen, Förderung des freien Handels und Abschaffung von Bevorzugungen der Konsumtorganisationen und landwirtschaftlichen Genossenschaften bei der Warenverteilung.

Eine Forderung der Deutsch-Böhmen.

Wien, 4. Oktober. (W.L.B.) Der Deutsch-Böhmischen Korrespondenz zufolge fasste der Hauptauschuss der deutsch-böhmischen Vereinigung den nachstehenden Beschluß: Die deutsch-böhmische Vereinigung des Abgeordnetenhauses fordert bei der Ordnung der Verhältnisse in Oesterreich auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Völker die volle Selbständigkeit Deutsch-Böhmens, das frei über seine staatliche Unabhängigkeit entscheiden will und an der Gemeinbürgerschaft aller Deutschen in Oesterreich trenn festhält.

Eine kühne Idee Rumerei.

Brag, 3. Oktober. (W.L.B.) Der Brager Stadtrat hat beschlossen, den Reichstagsabgeordneten Stanel zum Ehrenbürger Brags zu ernennen.

Zur Kabinettsbildung in Polen.

Warschau, 2. Okt. (W.L.B.) Die Warschauer Blätter bringen Nachrichten von dem neuernannten Ministerpräsidenten Kucharski und des Direktors des Staatsdepartements Bringen Janusz Radziwill gegenüber Wladislaw Jermolowitsch, Kucharski gab die Erklärung ab, daß er den Staatsrat für das unzulässige, unternommene Organ der polnischen Politik im gegenwärtigen Augenblick habe, mit welchem die Regierung möglichst enge Verbindung und Einvernehmen pflegen müsse. Die Möglichkeit der Führung einer ausschließlichen Kabinettspolitik schließe er gänzlich aus. Ueber die ähneren Probleme will sich Kucharski mit den Parteien verständigen, konkrete Unterhandlungen der äußeren Faktoren jedoch nicht im Plenum des Staatsrates vorbringen, der zur Behandlung eines so vertraulichen Stoffes während der Unterhandlungen selbst ein zu breites Forum sei. Dies würde jedoch, behauptete Kucharski, sein Geheimhalten der Richtlinien seiner Politik vor der Öffentlichkeit bedeuten, denn deren Grundlagen werden im Expose nach der Staatsratseröffnung vorgelesen werden. Eine Regierungserklärung ist in Vorbereitung.

Als zur ersten Sitzung des Staatsratsplenumes dürften jedoch zwei Wochen vergehen. Prinz Radziwill hält einen Einfluß der ähneren Lage auf das Verhältnis der Zentralmächte zur Kabinettsbildung für ausgeschlossen. Das neue Kabinett werde sich dem Ideale eines in seiner politischen Richtung einheitlichen Kabinetts nähern, wenn es auch in gewisser Beziehung ein Kompromisskabinett darstellen werde, denn die Vertreter der verschiedenen politischen Parteien würden für eine gemeinsame allgemeine politische Plattform eintreten. Da die meisten Minister nur Reformminister seien, werde die Verantwortlichkeit für die allgemeine Politik, insoweit die äußere, ausschließlich auf dem Premierminister und dem Direktor des Staatsdepartements ruhen.

Päpstliche Intervention für russische Großfürsten.

(N.) Rom. Kardinal Bourne, Erzbischof von Westminster, hatte die Bitte der russischen Großfürstin Georg von Russland an den Papst übermitteln, er wolle sich ihres zu Petersburg als Geisel gefangenen gehaltenen Mannes annehmen, um ihm das Leben zu retten. Nun ist die Antwort der russischen Regierung eingetroffen, worin diese sagt, daß sie zwar die Regelung der Angelegenheit als eine Affäre interner Natur betrachte, aber in Anbetracht des auf päpstliche Intervention hin erfolgten Drängens der deutschen Regierung veranlassen wolle, daß alle Großfürsten nach der Krim verbracht werden.

